

PRESSEMITTEILUNG

Gesundheitspolitik

16. Dezember 2011

Ursula Sassen und Anita Klahn: Unser Engagement für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung insbesondere im ländlichen Raum hat sich gelohnt.

Zur heutigen (16. Dezember 2011) Beschlussfassung des Bundesrates über das Gesundheitsversorgungsgesetz in Berlin erklärten die gesundheitspolitischen Sprecherinnen der Fraktionen von CDU und FDP, Ursula Sassen und Anita Klahn:

"Mit dem Versorgungsstrukturgesetz sind wir dem Ziel der Sicherstellung einer flächendeckenden, ambulanten und stationären medizinischen sowie der pflegerischen Versorgung ein Stück näher gekommen", so Ursula Sassen und Anita Klahn.

CDU und FDP haben sich dafür eingesetzt, die KVSH und damit auch die Gestaltungskompetenz auf Länderebene zu stärken. Mit dem Versorgungsstrukturgesetz werde die Flexibilisierung und Regionalisierung der Bedarfsplanung wesentlich erleichtert.

Alle Akteure im Gesundheitswesen seien gefordert, die neuen Möglichkeiten des Gesetzes auszuschöpfen und einen Beitrag zur Verbesserung der

**Pressesprecher
Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1443
E-mail: info@cdu.ltsh.de
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

**Pressesprecher
Frank Zabel**

Postfach 7121, 24171 Kiel
Telefon 0431-988-1488
Telefax 0431-988-1497
E-mail: presse@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

Gesundheitsversorgung in unterversorgten Regionen zu leisten.

"Wir danken Minister Dr. Heiner Garg, dass er trotz aller Widerstände die Interessen Schleswig-Holsteins vertreten hat und sich in wesentlichen Punkten durchsetzen konnte", so Klahn und Sassen abschließend.